



Vorsitzende
Dimitrina Lang

München, 02.07.2025

Stellungnahme des Migrationsbeirats München zur Bildungsbauoffensive und dem Sachstandsbericht 2025 – insbesondere zu Maßnahmen im Stadtbezirk Neuhausen-Nymphenburg

Der Migrationsbeirat München nimmt die Beschlussvorlage zur Fortschreibung der Bildungsbauoffensive und das dazugehörige Umsetzungskonzept mit großer Sorge zur Kenntnis. Gerade für migrantische Familien sind wohnortnahe, qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte Bildungsangebote von zentraler Bedeutung für Integration, Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit.

1. Intransparente Entscheidungsgrundlage erschwert demokratische Mitwirkung

Die dem Bezirksausschuss übermittelte Vorlage enthält Schwärzungen bei zentralen finanziellen Eckdaten. Eine fundierte inhaltliche Beratung durch die demokratisch legitimierten Gremien der Stadtteile wird dadurch faktisch unmöglich gemacht. Der Migrationsbeirat fordert daher nachdrücklich die Offenlegung aller relevanten Daten und die transparente Kommunikation von Prioritäten und Bewertungsgrundlagen der geplanten Maßnahmen.

2. Ablehnung der Streichung der Maßnahme „Grund- und Mittelschule Alfonsstraße“

Der Vorschlag, die Grund- und Mittelschule Alfonsstraße auf Basis neu modellierter Bevölkerungsprognosen aus dem Mehrjahresinvestitionsprogramm (MIP) zu streichen, ist aus Sicht des Migrationsbeirats nicht nachvollziehbar. Gerade an Schulen mit hohem Anteil an Schüler*innen mit Migrationsgeschichte ist die bauliche Qualität ein Schlüsselfaktor für Bildungserfolg, soziale Teilhabe und ein diskriminierungsfreies Lernumfeld. Die prognostizierte Reduktion des Bedarfs ist angesichts der realen Nachverdichtung und Zuwanderungserfahrungen in Neuhausen-Nymphenburg nicht plausibel. Der Migrationsbeirat unterstützt daher den Vorschlag, die Maßnahme im MIP zu belassen.

3. Unterstützung der Maßnahme Hirschbergstraße 33 (Ausweichpavillon)

Die Ablehnung des Vorschlags, den Ausweichpavillon Hirschbergstraße 33 zu streichen, ist konsequent und wird vom Migrationsbeirat ausdrücklich begrüßt. Ohne diesen Systembau wären insbesondere zentrale Projekte wie die Schaffung zusätzlicher Grundschulplätze im Paketpostareal sowie die Auslagerung des Käthe-Kollwitz-

Gymnasiums nicht realisierbar. Auch hier gilt: Schulbauten sind Integrationsorte – ihre Verfügbarkeit darf nicht von Sparvorgaben dominiert werden.

4. Sanierung des Käthe-Kollwitz-Gymnasiums: Mehr Tempo, mehr Beteiligung

Die Sanierung des Käthe-Kollwitz-Gymnasiums ist überfällig. Der Migrationsbeirat schließt sich den Forderungen des Bezirksausschusses an:

- Eine höhere Priorisierung der Sanierung angesichts des baulichen Zustands,
- die zügige Vorlage eines belastbaren Zeitplans,
- sowie die transparente Einbindung der Schulfamilie, insbesondere von Eltern mit Migrationsgeschichte.

Die Zusage des Referats für Bildung und Sport, eine ortsnahe Auslagerung zu ermöglichen, ist richtig – aber unkonkret. Der Migrationsbeirat fordert daher, die Belange bildungsbenachteiligter Gruppen bei der Auslagerungsplanung explizit zu berücksichtigen.

Fazit: Keine Kürzungen auf dem Rücken von Kindern – Bildung darf nicht „konsolidiert“ werden

Angesichts steigender Heterogenität, wachsender Schülerzahlen und integrationspolitischer Herausforderungen dürfen Bildungsinvestitionen nicht „konsolidiert“, sondern müssen langfristig verstetigt und sozialräumlich gerecht geplant werden. Der Migrationsbeirat München fordert daher:

- den Erhalt der Maßnahme Alfonsstraße im MIP,
- die Sicherstellung aller Maßnahmen zur Auslagerungslogistik,
- eine verbindliche Beteiligung der migrantischen Stadtgesellschaft bei Schulbauprojekten,
- sowie die Beendigung von Intransparenz durch geschwärzte Vorlagen.

Die Schulbauoffensive muss ihrem Anspruch auf Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder dieser Stadt gerecht werden – unabhängig von Herkunft, Status oder Stadtteil.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Dimitrina Lang
Vorsitzende
migrationsbeirat@muenchen.de